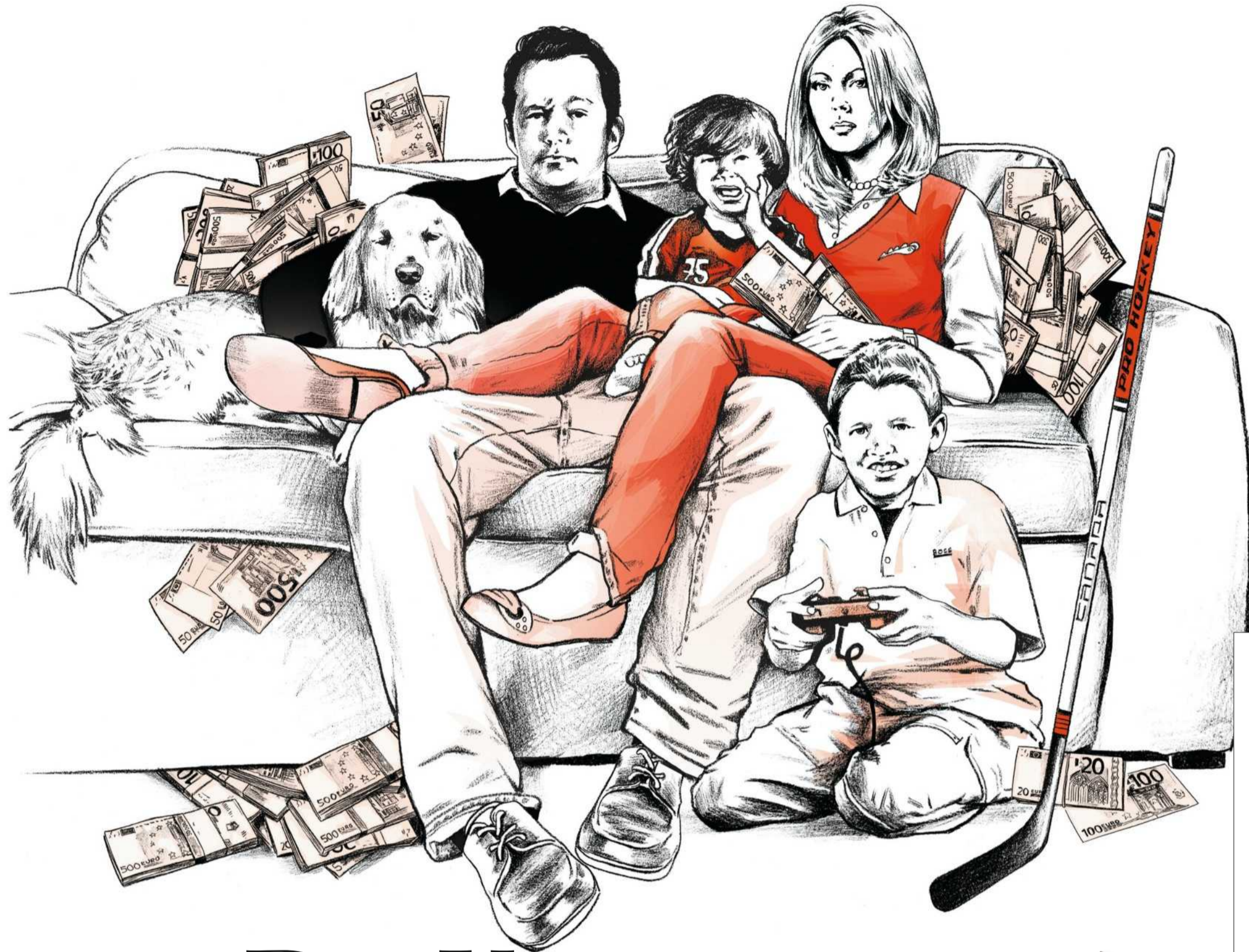


Titel: Die Mittelschicht-Lüge



Die Kassierer

Eine weit verbreitete Meinung lautet: Die Mittelschicht wird ausgequetscht. Das ist falsch. Viele Angestellte und Selbstständige schimpfen auf den Staat – dabei verwöhnt er sie, wo er kann VON STEFAN WILLEKE

Was ist die Mitte?

Wo fängt die deutsche Mittelschicht an, wo hört sie auf? Auf die Frage geben Soziologen und Ökonomen unterschiedliche Antworten. Das Institut der deutschen Wirtschaft zählt einen **Single** mit einem monatlichen Nettogehalt zwischen 983 und 4095 Euro zur Mittelschicht. Eine **Familie** mit zwei Kindern unter 14 Jahren gehört dann zur Mittelschicht »im engen Sinne«, wenn ihr Nettoeinkommen bei 2750 bis 5160 Euro im Monat liegt. Bei der Mittelschicht »im weiteren Sinne« bewegt sich das monatliche Einkommen einer Familie zwischen 2065 und 8600 Euro netto. Diese Zahlen sind »bedarfsgewichtet«. Man berücksichtigt also, dass eine vierköpfige Familie nicht viermal so viel Einkommen benötigt wie ein Single, um den Lebensstandard des Singles zu erreichen, sondern etwa doppelt so viel. Für **kinderlose Paare** liegt die Grenze zur Oberschicht bei 6145 Euro netto im Monat.

Soziologen beziehen in ihre Definition der Mittelschicht auch das »**kulturelle Kapital**« ein, das sich in Bildungsabschlüssen ausdrückt. Die Mittelschicht bemüht sich um sozialen Aufstieg – eine Voraussetzung dafür ist Bildung.

Berthold Vogel vom Hamburger Institut für Sozialforschung sieht außerdem ein schichtenspezifisches **Verhältnis zur Zeit**. Die Oberschicht lebe in der Vergangenheit, weil sie sich ständig um die Verwaltung ihres (zum Teil gererbten) Vermögens kümmere. Die Unterschicht plage sich meist mit der Gegenwart herum, weil sie sehen müsse, wie sie über den Tag komme. Die Mittelschicht aber mache sich viele Sorgen um die Zukunft, weil sie das Erreichte verteidigen und vermehren wolle.

Der Angestellte Clemens Wemhoff hatte lange gerechnet, Datenreihen ausgewertet, an Formulierungen gefeilt, und am Ende glaubte er, an alles gedacht zu haben. Auf dem Cover des Buches, das er geschrieben hatte, war eine Kuh abgebildet, die den Betrachter hilflos anstarrt. *Melkvieh Mittelschicht* hieß das Buch, ein Titel, den Wemhoff »schön knackig« fand und den man sich leicht einprägen kann. Aber dann fiel ihm auf, dass seinem Buch etwas Entscheidendes fehlte, ein Vorwort. Wer könnte das verfassen? Wer ist der Schutzpatron für Deutschlands geknechtete Mittelschicht? Wer setzt sich für all die Menschen ein, die gut verdienen, aber unverschämte viel von ihrem Gehalt dem gierigen Staat überlassen müssen?

Wemhoff ist bei einem Versicherungskonzern in Düsseldorf angestellt. Er ist weder arm noch reich, er ist selber Teil der Mittelschicht, aber er grübelte lange über die Frage, wer eigentlich seine Interessen vertritt.

Die Landwirte haben den Bauernpräsidenten, die Schlagerfans haben Heino, auch die rheinisch-westfälischen Schmetterlingsforscher haben einen Vorsitzenden. Sogar die FDP besitzt noch Ortsverbände in Oberschleißheim und Niederkrüchten, und selbst die haben jemanden, der für sie spricht. Aber wer steht für die deutsche Mittelschicht?

Weil ihm niemand einfiel, schrieb Clemens Wemhoff selbst das Vorwort. Er geißelte eine »verfälschte Politik«, die Arbeitnehmer »erbarmungslos abzockt«. Später veröffentlichte er einen Gastbeitrag auf *ZEIT ONLINE*, und viele Leser stimmten ihm zu. Wemhoff blieb nicht allein mit seiner Anklageschrift, es kamen weitere Bücher heraus, seit etwa zehn Jahren geht das so.

Wer arbeitet, ist der Dumme: Die Ausbeutung der Mittelschicht. Geschrieben von einem Redakteur des *Spiegels*.

Die Ausplünderung der Mittelschicht. Geschrieben von einem Redakteur der *Süddeutschen Zeitung*.

Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert. Geschrieben von einem Autor des *sterns*.

Seither weiß man, wer den Staat am stärksten füttert und wer unter ihm zugleich am meisten leidet: Es sind all die namenlosen Lehrer, Ärzte, Web-Designer, Bankkaufleute, Bauingenieure, Rentner und Chemiefacharbeiter. Viele Millionen Menschen. Deutschlands mittlere Schichten.

Es sind auch Bücher erschienen, in denen man erfährt, wer die Nutznießer sind. *Reich durch Hartz IV* heißt eines dieser Werke, *Wie Abzocker und Profiteure den Staat plündern*. Ein anderes trägt den Titel: *Hartz IV – und der Tag gehört dir*. Die Mittelschicht nährt einen ungerechten Staat, der das Geld einer unersättlichen Unterschicht zusteckt. Die einen arbeiten und zahlen, die anderen arbeiten nicht und geben alles aus. Jeder Angestellte, der am Monatsende auf seine Gehaltsabrechnung schaut, kann das leicht nachvollziehen. Melkvieh Mittelschicht, das leuchtet ein.

Der Haken daran ist: Es stimmt nicht. Über die Mittelschicht werden pausenlos Märchen erzählt. Doch weil nicht nur die Verfasser der Märchen aus der gesellschaftlichen Mitte stammen, sondern auch diejenigen, die Märchenbücher lesen, fällt ihnen nicht auf, dass sie sich etwas vormachen.

Von der Mittelschicht ist wieder oft die Rede, seitdem in Dresden und Leipzig Tausende Menschen auf die Straße gehen, um gegen den Islam zu protestieren. Viele dieser Demonstranten ordnen sich der Mittelschicht zu. Radikale Vertreter einer eigentümlichen sozialen Klasse verschaffen sich Gehör. Meist ist die Mittelschicht unauffällig, brav und angepasst, dann aber bricht ein Zorn durch, der sich offenbar lange aufgestaut hat. Mal richtet er sich gegen Ausländer, mal gegen den Islam, mal gegen das politische Establishment, mal gegen die Medien oder gegen den Euro. Wir sind die Menschen, die immer die Rechnung zu zahlen haben, das ist der Refrain. Die da oben fliehen mit ihrem Vermögen in die Steueroasen der Welt. Die da unten halten die Hand auf. Aber wir, die Menschen in der

Mitte, stützen den Staat – und niemand fragt uns, ob die Last uns erdrückt. Wir werden hemmungslos ausgenutzt.

Oben dünn, unten dünn, in der Mitte ganz dick – als eine Zwiebel ist die Gesellschaft der Bundesrepublik oft beschrieben worden. Aber irgendwann, in den nuller Jahren dieses Jahrhunderts, kamen Zweifel an der Zwiebelform auf. Die dicke Mitte schien plötzlich in Gefahr. Die Arbeitslosigkeit war deutlich gestiegen, die Hartz-Reformen wurden verabschiedet, die unteren Ränder der Mittelschicht bröckelten, die Nettogehälter der Angestellten wuchsen kaum noch, die Kosten der Sozialversicherungen umso mehr. Die Erosion, die in der Unterschicht begonnen hatte, traf nun die Mitte, so sah es aus. Diese Sorge ist tief ins Bewusstsein vieler Menschen eingedrungen. Die Zwiebel ist bald keine Zwiebel mehr, sondern vielleicht eine Gurke.

Wahr ist, dass die Mittelschicht nach der Jahrtausendwende stärker in Bedrängnis geraten ist als zuvor. Aber sie hat sich erholt.

In der Weimarer Republik lag das, was man damals noch Mittelstand nannte, bei kaum mehr als einem Drittel der Gesellschaft. Die Arbeiterschicht war noch breit, statt einer Zwiebel war da eine Birne. Erst in den fünfziger Jahren, als in der Bundesrepublik der große soziale Aufstieg begann, nahm die Mitte erheblich zu. Noch immer waren Mittelschichtsbürger zwar nicht in der Mehrheit, aber auf dem Weg dorthin. Staatliche Bildungsoffensiven folgten in den sechziger und siebziger Jahren, in den achtziger Jahren gab es erstmals mehr Angestellte als Arbeiter – so entstand die Zwiebel. Heute gehören – je nach Zählweise – noch immer 55 bis 60 Prozent der Deutschen zur Mittelschicht. Die Zwiebel hat sich nicht verformt. Die soziale Mitte hat nicht abgenommen. Und dennoch ist etwas mit ihr geschehen. Ihr Verhältnis zum Staat und zur Politik hat sich verändert.

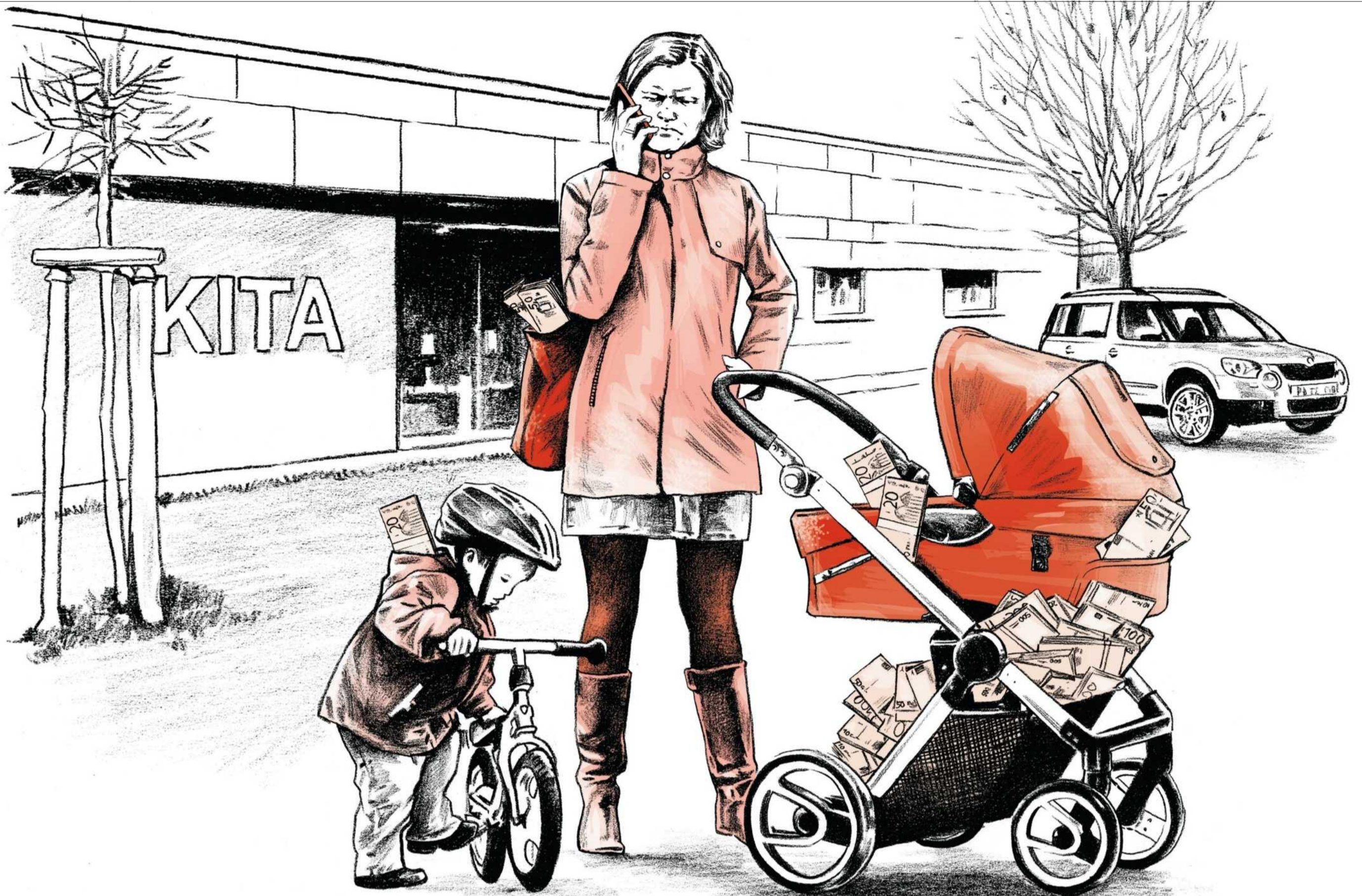
Man spürt etwas davon, wenn man Hilde Mattheis anruft, eine Bundestagsabgeordnete vom linken Flügel der SPD, und sie fragt, wann sie damit begonnen hat, gegen das Ehegattensplitting zu kämpfen. Sie muss nachdenken.

»1993 oder 1994 war das«, sagt sie schließlich. »Die Anträge, die ich dazu geschrieben habe, kann ich nicht mehr zählen.«

Das Ehegattensplitting ist ein alter Hut, ein deutscher Sonderweg der Steuerpolitik, und es nützt besonders der Mittelschicht, vor allem solchen Paaren, deren Gehälter weit auseinanderliegen. Bis zu 15 761 Euro Steuern im Jahr – rund 1300 Euro im Monat – kann ein Paar sparen, wenn der eine besonders viel verdient und der andere besonders wenig. Alleinerziehende haben nichts vom Ehegattensplitting, Busfahrer und Krankenschwestern sehr wenig, Lehrer und Architekten aber sehr viel. Sie müssen für diese Staatsprämie nicht ein einziges Kind großziehen, sie müssen bloß ein Paar sein, und einer von beiden muss möglichst wenig verdienen. Es ist ein Modell zur Belohnung des Gehaltvorsprungs. Rund zwölf Millionen Deutsche profitieren davon.

Das alles ist gesellschaftlich überholt, weil dadurch allein das Heiraten gefördert wird, nicht das Kinderkriegen, und es ist politisch skandalös, weil es Anreize schafft, hoch qualifizierte Frauen in schlechte Jobs zu drängen. Das Bemerkenswerte aber ist: Das System ist immun gegen Veränderungen, weil die Mittelschicht auch die Politik bestimmt. Fragt man die Sozialdemokratin Hilde Mattheis, warum ihre Partei das Ehegattensplitting nicht angetastet hat, nicht einmal in den Jahren der rot-grünen Bundesregierung, dann antwortet sie: »Tja, es gibt bei vielen Abgeordneten die Furcht, Wähler zu vergrätzen.« Die Mittelschicht ist zu einer Blockademacht geworden.

Trifft man sich mit der jungen Grünen-Politikerin Gesine Agena, die noch im vergangenen Oktober öffentlich für die Abschaffung des Ehegattensplittings eintrat, holt sie ein Papier ihrer Partei aus der Tasche, das genau dieses Ziel formuliert. Das Papier stammt aus dem Jahr 1987. Das ist das Jahr, in dem Gesine Agena geboren wurde. Der Kampf gegen das Ehegattensplitting reicht aber viel



Fortsetzung von S. 13

Die Kassierer

weiter zurück, in die Zeit, als noch Konrad Adenauer Bundeskanzler war. Gesine Aena sagt, man könne dieses Thema nicht auf Wahlplakate schreiben, sonst sei man erledigt. Parteikollegen haben ihr dringend davon abgeraten, das Thema politisch hochzuziehen. Gesine Aena sagt: »Ich bin aber nach wie vor davon überzeugt, dass das Splitting abgeschafft wird.« Das klingt sehr tapfer.

Das Ehegattensplitting ist zu einem Running Gag der Sozialgeschichte geworden. Morgens geht die Sonne auf, abends geht sie unter, und das Ehegattensplitting bleibt. Sogar die Atomkraft war in Deutschland mühseloser zu beseitigen.

Der Staat tut viel für seine Lehrer, Web-Designer und Handwerksmeister, und die verteidigen ihre Privilegien. Ein schlanker Staat kommt mit einer schlanken Mittelschicht aus, meint der Bremer Soziologe Steffen Mau, einer der profiliertesten deutschen Mittelschichtforscher. Der deutsche Staat ist aber nicht schlank. Er ist wohlgenährt. Das Rentensystem hängt am Staat, das Gesundheitssystem, das Schul- und Hochschulsystem, das öffentlich-rechtliche Fernsehen und der öffentliche Nah- und Fernverkehr, die Stadtwerke hängen an ihm und die Apparate mancher Großverbände. Der Staat ist auch ein Arbeitgeber. Er versorgt diejenigen bestens, die schon jetzt genug zum Leben haben. Das müsste Dankbarkeit erzeugen, zumindest Respekt, aber dies ist selten der Fall.

»Die Mittelschicht«, sagt der Soziologe Mau, »will heute oft mehr Markt statt Staat. Sie entzieht dem System, das sie nach oben gebracht hat, die Geschäftsgrundlage. Dabei ist sie vom Staat weiterhin abhängig, erkennt das aber nicht mehr an.« Manchmal sieht sie nicht einmal mehr, wie reich sie beschenkt wird.

Ein besonders maßloses Geschenk ist das Elterngeld, das bei denen üppig ausfällt, die es am wenigsten benötigen – den Gutverdienenden. Bis zu 1800 Euro überweist der Staat pro Monat, wenn eine Mutter oder ein Vater Elterngeld nimmt oder wenn beide es tun. Das Geld fließt bis zu 14 Monate lang. Es ist Steuergeld, und deswegen trägt der Gebäudereiniger auch ein wenig zu dem Elterngeld bei, das die Abteilungsleiterin erhält, sobald sie in Elternzeit geht. Er zahlt dafür wie für die Bundeswehr, die Straßenlaternen und die Polizei. Ginge aber der Gebäudereiniger in Elternzeit, bekäme er viel weniger ausgezahlt als die Abteilungsleiterin, weil sich diese Unterstützung nach dem letzten Nettogehalt richtet. Den Höchstsatz bekommt nur, wer 2770 Euro netto im Monat verdient – oder mehr. Der Gebäude-

reiniger wird vom Staat dafür bestraft, dass er wenig verdient.

Deshalb ist das Elterngeld auch eine politische Aussage. Die Kinder der Abteilungsleiterin sind dem Staat mehr wert als die Kinder des Gebäudereinigers. Das ist staatlich verordneter Klientelismus und bereits für sich genommen eine als Familienpolitik kaschierte Unverschämtheit, aber die Unverschämtheit lässt sich noch ins Sinnlose steigern. Denn die sinkenden Geburtenraten in Deutschland wurden durch das Elterngeld nicht gebremst, sie sinken weiter. Warum sollte sich die Abteilungsleiterin auch wegen der 1800 Euro für ein Kind entscheiden? An Geld hat es ihr schon vorher nicht gemangelt.

Im Internet tauschen sich inzwischen Mütter und Väter aus, die mit dem Elterngeld Urlaubsreisen für sich und ihr Baby finanzieren. Die »Weltreise mit Kind« ist ein gefragtes Thema. Eine Journalistin hat ein ganzes Buch mit den Erlebnissen gefüllt, die sie während der Elternzeit auf Reisen sammelte. Es gibt die Reiseagentur »Reiß aus! family«, ein Büro für Babyreisen in Bayern und die Internetseite kidsaway.de, die den Hinweis verbreitet: »Der Bezug von Elterngeld ist explizit nicht daran gekoppelt, dass man sich in Deutschland aufhalten muss.« Nicht zu vergessen: »Mitteilung an die Rentenversicherung, bei wem von euch die Erziehungszeit für das Kind gutgeschrieben werden soll.«

»Wir wollen unsere einjährige Elternzeit in Thailand verbringen«, schreibt der User »Elfenherzchen« in einem Forum, »wir wollen in einem schönen Umfeld unser Baby bekommen und kennenlernen, eine bezahlbare Kinderbetreuung und Haushaltshilfe anstellen.« Pandora3791 fragt sich: »Wenn ich im Ausland entbinde, kann ich vor Ort den Antrag auf Elterngeld stellen?« Foreignmother weiß, wie man Rückzahlungen von Elterngeld verhindert. Elfenherzchen hat von Vätern gehört, die während ihrer Elternzeit mit dem Wohnmobil quer durch Europa fahren.

Eine junge Mutter schildert im Internet die Kinderliebe der Portugiesen, empfiehlt in Lissabon ein Café mit Spielecke. Eltern erkundigen sich nach Streichelzoos in Santiago de Chile, andere brauchen dringend »eine USA-Pause« und begnügen sich mit Europareisen, dank Elterngeld. »Letztlich ist es doch egal«, notiert eine Bloggerin, »ob wir damit einen Kaffee to go in Bayreuth oder einen Mate-Tee in Buenos Aires bezahlen.«

Im Bundeshaushalt wird jeder zweite Euro für soziale Zwecke ausgegeben, aber der

geringste Teil davon landet in den unteren Schichten der Gesellschaft. Gut acht Prozent kommen bei der Grundsicherung für Arbeitslose und bei Sozialhilfeempfängern an. Das meiste fließt in den Bereich Gesundheit, in die Rente – und in die Familienförderung. Umverteilung, das muss in Deutschland keineswegs bedeuten, die Armen mit den Steuern der Reichen zu unterstützen. Umverteilung, das heißt auch, Geld innerhalb einer sozialen Schicht zirkulieren zu lassen. Der Soziologe Mau meint: »Man kann den deutschen Sozialstaat auch als Sicherungsprogramm der Mittelschichten betrachten.«

In Niedersachsen gibt es eine Stadt, in der die deutsche Zwiebel extrem dick geworden ist. Wolfsburg. Als Klaus Mohrs im Jahr 1980 dorthin zog, glaubte er noch, er werde von nun an in einer Arbeiterstadt leben. Aber er täuschte sich. Er wurde damals Stadtjugendpfleger in Wolfsburg und hatte sich um die Jugendarbeit zu kümmern. Er hatte mit rebellischen Teenagern gerechnet, die ihre Tage ziellos auf der Straße verbringen. Stattdessen traf er auf junge Arbeiter, die bei Volkswagen artig am Band standen und zu ihrem Betreuer im Jugendzentrum sagten: »Du tust mir leid, dass du für so wenig Geld arbeiten musst.«

Schon damals beherrschte das Volkswagen-Werk die Stadt, schon damals waren die Löhne in Wolfsburg beachtlich, heute sind sie bundesweit die höchsten. 40 Euro pro Stunde, im Schnitt. Mithilfe von Volkswagen hat Wolfsburg seine Unterschicht abgeschafft, jedenfalls nahezu, auch von einer Oberschicht kann kaum die Rede sein. Selbst bei VW sind die Bandarbeiter inzwischen nicht mehr in der Mehrheit, nachdem viele Tausend Entwickler, Forscher und Ingenieure hinzugekommen sind.

Mittelschichtiger ist keine Großstadt in Deutschland, und der Sozialdemokrat Klaus Mohrs ist inzwischen ihr Oberbürgermeister. Er ist 62 Jahre alt, und er sagt: »Die Menschen hier haben eine unheimlich hohe Erwartung. Das Schwierige ist das Anspruchsdenken.« Mohrs sagt aber auch, dass er seinen Job sehr gern mache.

Vor dem Rathaus wartet Mohrs' Fahrer in einem silbergrauen Passat. Mohrs steigt ein, der Chauffeur fährt los. Mohrs will seine Stadt zeigen. Als das Auto an einer Kreuzung hält, deutet er auf ein großes Gebäude und fragt sich laut: »Gehört das uns oder VW?« Das ist die ewige Wolfsburg-Frage. Was nicht VW gehört, muss der Stadt gehören, das macht die Sache hier so übersichtlich.

Klaus Mohrs gerät in einen Verkehrsstau. Die Stadt wächst, die Mittelschicht auch, das Umland wird mit Häuschen bebaut, die Zahl der Pendler steigt, schon morgens stehen sie manchmal eine Stunde lang auf den Durchgangsstraßen. Dann beschweren sie sich im Rathaus. »Stau ist hier unerwünscht«, sagt Mohrs. »Wir reagieren auch auf Kleinigkeiten.« Er muss. Tut er es nicht, rufen die Beschwerdeführer bei einer der beiden Lokalzeitungen an.

Es fing damit an, dass Klaus Mohrs auf die Idee kam, in die Wolfsburger Stadtteile zu fahren, um dort Sprechstunden mit Bewohnern abzuhalten. Mohrs ist ein auskunftsfreudiger Mensch, und er nimmt seinen Beruf sehr ernst. Anfangs tauchte er alle paar Monate auf, inzwischen kommt er alle paar Wochen. Immer wollen sie etwas anderes von ihm. Es kann passieren, dass Flüsterasphalt ein großes Thema wird, oder es geht um Baumwurzeln, die aus dem Bürgersteig ragen. Seit Kurzem wünschen sich Einwohner, die mit dem Fahrrad unterwegs sind, Haltebügel an Ampelmasten, um nicht absteigen zu müssen, während sie auf grünes Licht warten. Stolperfallen auf Spazierwegen, zu niedrige Ballfangzäune, fehlende Hundekorbbeutel-Sammelstationen, jedes noch so lächerliche Problem ist eine E-Mail an das Büro des Oberbürgermeisters wert.

Manchmal lachen Anwohner auf Versammlungen höhnisch über ihren Oberbürgermeister, weil sie seiner Verwaltung nichts zutrauen. Der OB soll den Verkehrslärm bekämpfen, die Wohnidylle garantieren und die Störungen abstellen. Klaus Mohrs soll die Stille organisieren. Er nennt es »betreutes Leben«. Er sagt: »Die Erwartungen an den Staat wachsen, und gleichzeitig wächst das Misstrauen gegen ihn.«

Wer mit Klaus Mohrs durch Wolfsburg fährt, der erlebt, wie sehr sich die Verwaltung ihren Bürgern ausgeliefert hat. Mietshäuser, in denen keiner mehr wohnen will, lässt die Stadt abreißen. Sie schafft neue Wohnungen, im Moment ist die Größe 120 bis 150 Quadratmeter sehr gefragt. Die Kaltmiete in städtischen Wohnungen liegt bloß bei 5,60 Euro pro Quadratmeter. Die Stadt erschließt überall Bauland und verkauft es Bürgern zu niedrigen Preisen, sie muss allerdings aufpassen, dass sie dabei keine Verluste macht. Am Allergerde wurden Beachvolleyballplätze angelegt, eine Eislaufhalle gebaut und ein Erlebnisbad, das für einen ganzen Tag bloß 9,20 Euro Eintritt verlangt. Im Sommer kann man Wasserski fahren. Die Grundschulen

bieten kostenlose Ganztagsbetreuung an. Im Kulturwerk der Stadt gibt es Graffiti-Sprühkurse für Kinder. Wolfsburg hat nur 124 000 Einwohner, aber gemessen an dem Aufwand, den die Stadt betreibt, müsste sie so groß sein wie Hannover.

Wie können Sie es zulassen, wurde der OB schon gefragt, dass es im Fußballstadion der Frauen noch immer Zuschauerplätze gibt, auf denen man nass wird, wenn es regnet? Lläuft Mohrs durch die Fußgängerzone seiner Stadt, hat er immer einen unbeschränkten Zettel dabei, so als sei er ein Helfer des Weihnachtsmanns. Auf dem Papier notiert Mohrs die Wünsche von Passanten, die ihn ansprechen, und jedes Mal wird der Zettel voll. Nicht einmal in der Sauna ist Mohrs vor Anfragen sicher. Je mehr er sich für die Bürger einsetzt, desto länger wird die Liste ihrer Forderungen. »Sehen Sie, der Bus«, sagt er während der Fahrt durch die Stadt, »der ist auch neu.« Die Stadt hat Hybridbusse angeschafft. Die alten Busse waren Anwohnern zu laut.

Fühlen Sie sich von Ihren Bürgern getrieben, Herr Mohrs?

»Ja, manchmal geht es mir auf die Nerven.« Klaus Mohrs würde am liebsten noch die Kindergärten zeigen, aber das geht nicht, es sind zu viele geworden. 52, vielleicht auch 53, da ist er sich unsicher. In Wahrheit sind es schon 54. Mohrs würde tagelang im Auto sitzen, wenn er alle Kindergärten besuchen wollte. Im Jahr 1990 lebten in Wolfsburg rund 7300 Kinder, die jünger waren als sieben Jahre. Die Stadt gab damals 9,3 Millionen Euro für Kindergärten aus. Heute sind es gerade mal 6900 Kinder, 400 weniger als damals, doch die Stadt investiert 25 Millionen Euro im Jahr.

Der höchste Beitrag, den Eltern für eine ganztägige Betreuung ihres Kindes zahlen müssen, liegt bei 138 Euro. Das ist viel weniger, als der Kita-Platz tatsächlich kostet. Aber Wolfsburg kann es sich dank der Gewerbesteuer von Volkswagen leisten, seine Einwohner zu verwöhnen. Sobald die Mittelschicht breiter wird, zieht sie noch mehr Mittelschicht an. Deswegen wird die deutsche Zwiebel dort noch dicker, wo sie bereits dick ist. Wo sie schon heute ziemlich dünn ist, wird sie dünner.

Über die Höhe der Kita-Gebühren entscheiden die Kommunen selbst. Zu den Gemeinden, die bundesweit die höchsten Kita-Gebühren verlangen, gehört die Stadt Marl im Ruhrgebiet. Zwölf Prozent Arbeitslosigkeit, leere Kassen. Der höchste Beitrag, den Eltern in Marl monatlich für ihr Kind zahlen, liegt bei 615 Euro, in der Krippe sind es

Illustrationen (Seite 14/15): Peter M. Hoffmann für DIE ZEIT

sogar 914 Euro. Auch deswegen verlassen die Besserverdienenden die Stadt. Sie könnten zum Beispiel ins reiche Heilbronn ziehen, eine Stadt, die allein 373 000 Euro mit Hundesteuern einnimmt und als Paradies der Kinder gefeiert wird. Dort zahlt niemand etwas für einen Kita-Platz, nicht einen Cent.

Auch in vielen anderen wohlhabenden Städten wurden die Gebühren für die Kita entweder drastisch gesenkt oder sogar ganz abgeschafft. Das alles sind Geschenke an die Mittelschicht, denn Sozialhilfeempfänger und Niedriglöhner mussten für die Kita-Plätze ihrer Kinder schon vorher nichts bezahlen. Wollte man die Geschenke vollständig auflisten, hätte man lange zu tun.

Man könnte sich zum Beispiel an die sogenannte Fehlbelegungsabgabe erinnern. Wer wenig Geld verdiente, konnte früher in eine preiswerte Sozialwohnung ziehen. Verdiente er dann besser, musste er diese Abgabe zahlen. Inzwischen ist sie abgeschafft – in Bayern, in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Man könnte die staatlich geförderte Riester-Rente erwähnen. Sie kommt zwar auch Altenpflegern und Zeitungsboten und allen Kleinverdienern, aber nur, wenn sie regulär angestellt sind, nicht dann, wenn sie sich – wie es inzwischen öfter geschieht – als Selbstständige durchschlagen müssen. Für diese Menschen ist die Riester-Rente eingeführt worden, die vom Staat viel weniger gefördert wird.

Man könnte sich die Steuererklärungen in einem beliebigen Finanzamt ansehen. Eine Zeit lang war es den meisten Angestellten nicht mehr möglich, ein Arbeitszimmer in der privaten Wohnung von der Steuer abzusetzen. Einer Putzfrau konnte das egal sein. Sie hat zu Hause kein Arbeitszimmer, Lehrer zum Beispiel haben das aber oft. Die neue Regelung wurde gekippt, das Arbeitszimmer kehrt in viele Steuererklärungen zurück und verschönert Gutverdienenden die Bilanz.

Eine Putzfrau hat keine Putzfrau, kann deren Lohnkosten deshalb nicht – wie etwa ein Ingenieur – von der Steuer absetzen. Einen Gärtner leistet sie sich auch nicht, aber dessen Rechnung kann ein Professor beim Finanzamt einreichen. Ein Kindermädchen kann die Putzfrau ebenso wenig bezahlen. Ein Arzt setzt diese Kosten von der Steuer ab, genau wie die Rechnungen des Malers, des Dachdeckers oder des Klempners.

Ergänzen könnte man, dass zwar alle Eltern Kindergeld bekommen. Wer aber besser verdient, dem werden vom Finanzamt Kinderfreibeträge bewilligt, die lukrativer sind als das Kindergeld.

Es ist auch ein Irrtum, zu glauben, dass allein die Reichen ihr Geld in der Schweiz, in Luxemburg und Liechtenstein vor dem deutschen Staat verstecken. Tausende Bundesbürger haben sich in der Zeit nach dem Gerichtsurteil gegen Uli Hoeneß selbst angezeigt, wegen Steuerhinterziehung. Die meisten von ihnen gehören zur Mittelschicht, sagt der Frankfurter Steueranwalt Dirk Pohl. Rentner sind dabei, Ärzte, Ingenieure, Bankangestellte, Studienräte, Handwerker, Kleinunternehmer. Manche von ihnen haben bloß 20 000 Euro ins Ausland geschafft, die meisten

hat, hat die Gelassenheit ihrer Jugend verloren. Sie bekommt es mit der Angst zu tun.

Wer sich einen Eindruck verschaffen will, in welche Rage sich das Bürgertum steigern kann, sobald es um die Zukunft seiner Kinder geht, sollte sich mit Mareile Kirsch verabreden, einer Hamburger Mutter, die im vergangenen Herbst einen Aufstand gegen die Politik anzettelte. Sie sitzt in einem Café und schimpft auf ein »schulpolitisches Kartell«. Kirsch steht an der Spitze einer Initiative, die eine Schulreform erzwingen will, sie sammelte Unterschriften bei Hamburger Eltern. Auf der Liste standen nach wenigen Wochen rund 45 000 Namen. G 9 heißt das Ziel. Die Eltern verlangen, dass die Hamburger Gymnasien auch wieder ein Abitur nach neun Jahren anbieten statt – wie derzeit – nur nach acht Jahren.

Daran wäre nichts erstaunlich, wenn es nicht schon heute in Hamburg möglich wäre, das Abitur nach neun Jahren abzulegen – allerdings auf Stadtteilschulen, in denen Schüler aus allen sozialen Milieus gemeinsam lernen. Vordergrundig geht es um Fragen des Gymnasiums, in Wahrheit geht es darum, den Nachwuchs der gebildeten Mittelschicht in einem homogenen Umfeld einzuzäunen und gegen die gefährlichen Einflüsse unangepasster Migranten und anderer Störenfriede abzuschotten.

»Wir haben die Politik vor uns hergetrieben«, sagt Kirsch. Daran ist etwas Wahres, obwohl der Aufstand scheiterte. Die Zahl der gesammelten Unterschriften reichte für ein Volksbegehren nicht aus. Aber die Hamburger Politik hat sich durch diese Initiative in eine Alarmbereitschaft versetzen lassen, die man nur erklären kann, wenn man von der Erregungsmacht des Bürgertums weiß. Als die Aktion G 9 rollte, druckte das *Hamburger Abendblatt* Meinungsfragen, in denen sich eine überwältigende Mehrheit für G 9 aussprach. Lars Holster, der schulpolitische Sprecher der in Hamburg regierenden SPD, rannte ratlos herum und fragte seine Genossen im Rathaus: »Was machen wir? Wir brauchen einen Plan B.« Nun trafen sich Politiker schon frühmorgens zu Krisensitzungen, Schulkonferenzen wurden einberufen, der Schulsenator schaltete sich ein. Die Hamburger Politik ist extrem empfindlich, weil ihre Wunden aus vergangenen Schlachten nicht verheilt sind.

Über die Bildungspolitik stürzte bereits ein Hamburger Bürgermeister, der Christdemokrat Ole von Beust. Damals, im Jahr 2010, ging es noch um die Primarschule, die Idee, alle Schüler bis zur sechsten Klasse gemeinsam lernen zu lassen. Und schon damals versammelte sich die etablierte Mittelschicht zu großen Protestaktionen, schon damals regierte die Angst vor dem Bildungsverlust, und schon damals war der Gleichmacher-Staat der Gegner. Mit einem wichtigen Unterschied: Die Politik zog ihre Pläne zurück und knickte im Proteststurm ein.

Robert Heinemann, der schulpolitischer Sprecher der Hamburger CDU-Fraktion war, spricht heute von einer »Unehrllichkeit in Teilen des Bürgertums«. Einerseits lege es diese Gesellschaftsschicht darauf an, ihren Kindern einen geradlinigen Lebensplan bis zur Berufskarriere zu zimmern. Andererseits solle die Kindheit unverstellt bleiben, frei vom Effizienzdenken der Ökonomie. Heinemann nennt es einen »seltsamen Mix aus Harvard und Bullerbü«.

Schon als Oberstufenschüler, der mit privater Nachhilfe ein wenig Geld verdiente, hörte Heinemann einen Vater zu dessen Frau sagen: »Wenn du es nicht schaffst, dass unser Sohn versetzt wird, lasse ich mich scheiden.« Später, in der Hamburger Politik, hat Heinemann den Protest besorgter Eltern miterlebt. Und immer sind es Anwälte, Redakteure oder Architekten, die sich vor Einschnitten fürchten und sich dagegen wehren. Putzfrauen oder Hilfsarbeiter spielen in diesen Konflikten keine Rolle.

In Berlin-Mitte gibt es eine Schule, in der niemand protestiert. Die einzigen Petitionen stammen von Eltern, die sich von ganzem Herzen wünschen, dass ihr Kind dort aufgenommen wird. Es ist die Berlin Cosmopolitan School, eine Privatschule. Man muss an der Pforte klingeln, dann kommt eine junge Lehrerin und fragt lächelnd: »Do you have an appointment?« Haben Sie eine Verabredung?

Oben, im Dachgeschoss, erzählt die Schulleiterin Yvonne Wende, dass sie gerade ein Buch über das Silicon Valley lese, das Tal des technologischen Aufbruchs in Kalifornien. Sie sagt, dass sie nur Kinder aufnehme, die zu ihrer Schule passen, fleißige Kinder, keine faulen, keine frechen. Ein Tanz-Diplom könne man hier ablegen, Französisch und Spanisch würden schon in der fünften Klasse gelehrt, in der Oberstufe auch Koreanisch. »Da, schauen Sie mal«, sagt die Schulleiterin, als draußen auf dem Flur Kinder entlanglaufen. Sie tragen Instrumentenkoffer. Die Geigenklasse.

Bis zu 647 Euro im Monat kostet ein Platz an dieser Schule, die auch eine Kita ist. Aber die Wartelisten sind so lang, dass man den Eltern von Babys, die 2014 geboren wurden, schon keine Hoffnung mehr machen kann. Es gibt Putzfrauen, die ihr Kind hier anmelden, und vermögende Unternehmer, aber das sind Ausnahmen. Die allermeisten Eltern sind weder arm noch reich, es sind Lehrer, Buchhalter, Ladeninhaber, Künstler, auch ein paar Lebenskünstler – die deutsche Mittelschicht. Sie flieht vor dem Staat. Manchmal müssen die Groß-



Clemens Wemhoff schrieb das Buch »Melkvieh Mittelschicht«



Seit 20 Jahren kämpft Hilde Mattheis (SPD) gegen das Ehegattensplitting



Klaus Mohrs, Wolfsburger OB, sieht bei den Bürgern ein »Anspruchsdenken«



Steuer-Selbstanzeiger sind meist aus der Mittelschicht, sagt Anwalt Dirk Pohl



Schulaktivistin Mareile Kirsch trieb die Hamburger Politik vor sich her

eltern Geld geben, damit die Flucht bezahlbar bleibt.

Einwenden könnte man, dass eine Privatschule eine finanzielle Belastung der Mittelschicht ist, kein staatliches Geschenk. Aber selbst das stimmt nicht. Ein Platz für einen Schüler kostet dort etwa 5000 Euro im Jahr, rund die Hälfte schießt der Staat dazu. Würde er sich raushalten, wäre die Cosmopolitan School am Ende. Der Staat ist ein Fluchthelfer der Mittelschicht, in doppelter Hinsicht. Die Kosten für die private Schule können Eltern ans Finanzamt weiterreichen. Sonderausgaben. Steuerlich absetzbar.

In Deutschland ist es nicht einfach, einen Ort zu finden, an dem gut Verdienende auf Arbeitslose treffen, gut Ausgebildete auf Ungelernte, gut Gekleidete auf verahrloste Gestalten. Die Praxis des Arztes Dirk Heinrich ist so ein Ort. Sie liegt in Hamburg-Horn, einem eher schwierigen Viertel. Nicht jeder, der morgens die Praxis betritt, ist noch nüchtern. Andere Patienten kommen ohne einen Übersetzer nicht aus. »Bei mir sitzt die Einwanderungsgesellschaft im Wartezimmer«, sagt Heinrich, ein Hals-Nasen-Ohren-Arzt. Zu ihm gehen auch Lehrer und Bankangestellte, doch die sind in der Minderheit.

Im Gegensatz zu den Patienten mit den gebrochenen Nasen haben sich die Menschen mit den Büroberufen meist schon im Internet über ihr Leiden informiert, verlangen manchmal nach einer zweiten Meinung, oder sie sagen: »Das muss ich erst mit meinem Heilpraktiker besprechen.« Eine Frau kam mit ihrer kleinen Tochter und bat den Arzt, dem Mädchen eine Ergotherapie zu verordnen. »Warum?«, fragte Heinrich. Die Antwort: »Sie kann so schlecht malen.«

Die Mittelschicht, das ist erwiesen, lebt länger als die Unterschicht, weil sie sich besser ernährt, weniger trinkt und weniger raucht und weil sie bei Krankheiten früher zum Arzt geht. Dirk Heinrich sagt: »Manche kommen schon bei Befindlichkeitsstörungen.« Ein Angestellter tauchte in der Praxis auf, weil er unter Ohrschmerzen litt. »Seit wann geht das so?«, wollte Heinrich wissen. »Schon seit einer halben Stunde.« Die deutsche Mittelschicht ist gut darin, sich in einen Schmerz hineinzusteigern. Aber es ist schwierig, etwas zu finden, das die Leidenden von ihrer schlimmsten Krankheit überzeugen könnte, der Hypochondrie. Die Finanzwissenschaftlerin Judith Niehues vom Institut der deutschen Wirtschaft hat ein Mittel entdeckt, das helfen könnte – ein Argument. Sie hat etwas getan, was noch niemand vor ihr getan hat: Sie hat der Mittelschicht die Rechnung aufgemacht.

Judith Niehues hat die deutsche Gesellschaft in Einkommensschichten gegliedert und aufgelistet, wie viel Geld der Mittelklasse

Monat für Monat abgezogen wird, Steuern, Solidaritätszuschlag, Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung. Danach hat sie ermittelt, wie viel Geld der Staat an die Mittelschicht verteilt – Kindergeld, Elterngeld, Arbeitslosengeld, Steuerrückzahlungen, Mutterchaftsgeld, Erziehungsgeld, Bafög, Leistungen der Pflegeversicherung, Berufsausbildungshilfe. Am Ende stellte sich heraus, dass ein Mittelschichtsbürger im Schnitt 167 Euro im Monat mehr zahlt, als er einnimmt. So viel bleibt der Staat ihm also schuldig, 167 Euro.

Aber in der Rechnung fehlt etwas Entscheidendes – all das, was man schlecht in Zahlen fassen und einer Einkommensgruppe zuordnen kann. Wer besucht Gymnasien und Universitäten? Sehr oft, viel öfter als noch vor 30 oder 40 Jahren, sind es die Kinder der Mittelschicht. Ein durchschnittlicher Studienplatz an einer Universität kostet den Staat rund 600 Euro im Monat. Wer geht in staatlich bezuschusste Theater, in Museen, Galerien, Opernhäuser? Würde man all die indirekten Zahlungen dazuzählen, sähe man, wie sehr der Staat die Mittelschicht verwöhnt.

Sollte wieder einmal ein Buch über sie erscheinen, dann müsste im Klappentext stehen: »Deutschlands dicke Mitte. Sie gibt dem Staat viel, holt sich von ihm alles unauffällig zurück, lässt sich verhätscheln und beglücken – doch sie hört nicht auf zu jammern.« Aber wer will sich schon die eigenen Lebenslügen vorhalten lassen?

Betritt: Dossier Nr. 22/14

Al-Dschasira

Im Mai vergangenen Jahres erschien das Dossier *Die Revolution und ihre Henker* (ZEIT Nr. 22/14) über den offensichtlich politischen Prozess der ägyptischen Justiz gegen drei Journalisten des Fernsehsenders Al-Dschasira. Den Journalisten, die Interviews mit Mitgliedern der Muslimbrüder geführt hatten, wurden »Verbreitung falscher Nachrichten« und »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung« vorgeworfen. Im Juni 2014 wurden Mohammed Fahmy und Peter Grete zu je sieben, Baher Mohammed zu zehn Jahren Haft verurteilt – ohne jegliche Beweise. Am vergangenen Sonntag kam der Australier Grete nach 400 Tagen Haft frei. Mohammed Fahmy, der Ägypter und Kanadier ist, soll entlassen werden, seine ägyptische Staatsbürgerschaft hat er aufgegeben. Baah Mohammed, »nur« Ägypter, wird wohl die gesamte Strafe absitzen.

ZEIT E-BOOKS

Humorvolles aus der ZEIT

Verrückte Werbeversprechen, amüsante Sprachblüten oder Kurioses aus der Tierwelt – lesen Sie unsere beliebtesten ZEIT-Kolumnen als E-Books! Erhältlich in allen gängigen E-Book-Shops.

Ab 2,99 €

www.zeit.de/ebooks

Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg

anderen lieferten Summen zwischen 100 000 und 500 000 Euro ab.

Man kann Anwaltskanzleien in Hamburg fragen, in Frankfurt am Main, München oder Düsseldorf, überall ähneln sich die Antworten: Das Depot in der Schweiz hat vor allem Menschen angezogen, die nicht schwerreich waren, aber um ihr Vermögen fürchteten. Im Großraum Frankfurt, sagt der Steueranwalt Pohl, seien herumreisende Banker aus der Schweiz von Kunde zu Kunde gezogen, mit einem Koffer für Einzahlungen und Auszahlungen. Mit dem Banker wurden dann Termine vereinbart wie mit einem Winzer, der seine Stammkunden zu einer Probeverkostung beschickte.

Es ist etwas zerbrochen, das lange Zeit als unzerstörbar galt: die Solidarität des aufstrebenden Bürgertums mit dem Staat. Es gab ein Versprechen – staatliche Förderung gegen sozialen Aufstieg, Teilhabe am wachsenden Wohlstand gegen Arbeitslosigkeit. Oft wurde das Versprechen gehalten. »Aber heute hat sich etwas gedreht«, sagt der Soziologe Heinz Bude von der Uni Kassel. »Die Mittelschicht hat Ressentiments, auch gegen sich selbst.« Sie glaube nicht mehr daran, dass ihre soziale Position gesichert sei. Sie sei der Meinung, sich gegen drohende Verluste wappnen zu müssen. »Das Wichtigste, was diese Schicht an die Kinder zu vererben hat, sind nicht Immobilien oder Geld. Das Wichtigste ist die Bildung.« Die heutige Generation von Eltern mit Schulkindern, meist geboren in den späten sechziger oder in den siebziger Jahren, aufgewachsen in einer Epoche staatlicher Ob-

Mit Lebensretter-Booklet



In der neuen Ausgabe von **Tagespiegel Gesund:**

- ✓ Die besten Ärzte für Herz & Kreislauf in Berlin und Brandenburg
 - ✓ Welche Therapien helfen bei Krampfadern und Thrombosen?
 - ✓ Welche Lebensmittel / welche Sportarten sind gut für das Herz?
 - ✓ Warum Stress auch das Herz krank macht und wie man ihn vermeidet.
- + Extra:** Das Lebensretter-Booklet.

Jetzt NEU!
Nur 6,50€

www.tagesspiegel.de/shop
Bestellhotline (030) 290 21-520

TAGESSPIEGEL
RERUM COGNOSCERE